Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei wöchentlich 2 maliger Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 30 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 419. **Sonnabend** den 5. December 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 6. December, Vormittags nur bis 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Die parlamentarische Lage.

** Nachdem in vier Tagen die erste Berathung des Etats erledigt worden ist, hat man gestern endlich auch die zweite Lesung der Novelle zum Krankencassengesetz zum Abschluß gebracht. Es waren zeitweise während der Verhandlungen über dieses wichtige Gesetz kaum 30 Abgeordnete im Saale anwesend, gleichwohl schienen die Herren, welche sich regelmäßig, von Paragraph zu Paragraph, an der Debatte betheiligten, mit ihren Reden nicht zu Ende kommen zu können — und wie sie schließlich versicherten, sind sie auch noch nicht zu Ende, denn sie haben die Absicht kundgegeben, die jetzt abgelehnten Anträge zumeist in der dritten Lesung wieder aufzunehmen. Allerdings soll diese dritte Berathung erst nach Neujahr beginnen, da man in der Zeit bis zu den Weihnachtsferien außer den Handelsverträgen und den Börsenanträgen noch einen Theil des Etats discutiren möchte.

Das Vorwärtskommen der parlamentarischen Arbeiten nach Neujahr wird aber durchaus davon abhängen, ob der Reichstag beschlußfähig wird oder nicht. In letzterem Falle ist es nämlich unmöglich, die Redeflath einzudämmen, da jedem Schlußantrag unweigerlich von der Gegenseite der Zweifel an der Beschlußfähigkeit entgegengesetzt wird — und jede Nachzählung ergeben würde, daß dieser Zweifel nur allzu sehr begründet ist. Es ist eben noch gar „kein rechter Zug" in die parlamentarischen Arbeiten gekommen, und nicht nur das Plenum, sondern sogar die Commissionen können öfter nicht ihre Aufgabe erfüllen, weil auch in den Commissionssitzungen nicht die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von Mitgliedern erscheint. So herrscht denn das stillschweigende Uebereinkommen, überhaupt keinen Schlußantrag zu stellen — und es wird weiter gerudert.

Allerdings haben wir einen Herrn v. Levetzow einen gerechten und unparteiischen Präsidenten, und er ist consequent. Aber thatsächlich sind es in dem gegenwärtigen Reichstage doch die Ancienneitspartieien das Regiment; sie haben nicht nur zwei Stellen im Präsidium, sie haben auch in fast allen Commissionen den Vorsitz. Beispielsweise ist in der sehr wichtigen Budgetcommission Herr v. Huene (Centr.) 1. und der „freisinnige" Herr Hermes 2. Vorsitzender. Und Centrum, Freisinn und Socialdemokraten führen zur Zeit im Reichstag das große Wort, sie „fühlen sich", sie erklären in der Tiefe ihrer Hauptsache Zufriedenheit mit der allgemeinen Lage, sie merken nichts von einer Verstimmung im Lande, sie bewundern Herrn von Caprivi und erklären Fürst Bismarck für einen Stümper auf staatsmännischem Gebiete, von dem das Reich „erlöst" sei.

Das Centrum und die Polen haben in kaum zwei Jahren recht viel erreicht — doch sie erhoffen noch mehr und sind augenblicklich bescheiden in ihren Forderungen. Da fangen auch die Freisinnigen an zu hoffen, und sie erscheinen recht zahlreich bei dem parlamentarischen Mahle des Herrn von Caprivi, sie sind mit den Polen und Ultramontanen auch hier in der Mehrheit, und Baumbach, Rickert, Hermes, M. Meyer, Bamberger, Schmidt-Elberfeld geben in dieser Tischrunde den Ton an. Wie lange wird's noch dauern und Herr Rickert sieht den Traum seines Lebens sich verwirklichen, Herr Rickert wird regierungsfähig!

Eine weitere freulich stimmt die „freisinnige" Partei noch gegen den Gesetzentwurf auf Abänderung der Verfassung, zur „Beschränkung der Immunität" der Reichstagsabgeordneten, wie Herr Richter sagt, während es sich, wie alle anderen Parteien — von den biederen Socialdemokraten abgesehen — gegeben, in Wirklichkeit um Aufhebung eines schreienden Immunität-Mißbrauchs handelt, welcher sicher bei Erlaß der Verfassung von keiner Seite beabsichtigt war.

Vorläufig opponiren also die „Freisinnigen" weiter, aber sie zeigen sich zahmer in der Form, und in der Sache widerstreben sie Herrn von Caprivi nur, wenn sie sicher sind, daß ihr Widerspruch nichts schadet. Doch die Zeit, da Herrn v. Caprivi „unheimlich" wurde beim Tode des Herrn Richter — sie ist längst vorüber.

Gestern Abend haben die „Freisinnigen" im Anschluß an die Etatsberathung noch zwei Resolutionen beantragt. Der Bundesrath soll ersucht werden, Artikel 32 der Verfassung dahin abzuändern, daß die Mitglieder des Reichstags Diäten und Reisekosten erhalten, und ferner ein Gesetz vorzulegen zur Regelung der Vorbedingungen, welche zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigen. Man darf gespannt sein, wie sich das Centrum zu den Anträgen stellen wird, da doch bekannt ist, daß der Bundesrath in der Frage der Diäten seine frühere ablehnende Haltung nicht geändert hat.

Am Montag und Dienstag fallen die Plenarsitzungen aus, doch wird die Budgetcommission fleißig ihre Arbeiten fortsetzen. Am Donnerstag sollen die Handelsverträge zur ersten Lesung gestellt werden. Die Conservativen werden commissarische Berathung beantragen und, wie wir hören, wird diesem Wunsche von der Mehrheit Statt gegeben werden, da man in parlamentarischen Kreisen annimmt, daß die Conservativen nur nach einer „Brücke" suchen, um schließlich die Verträge doch noch vor Weihnachten in Gottes Namen, daß die Handelsverträge doch noch vor Weihnachten in Berlin ratificirt werden. Denn die „Berathungen" der neu zu wählenden Commissionen dürften nicht von langer Dauer sein, vielmehr lediglich „Erklärungen" und Erläuterungen auf Anfragen einzelner Abgeordneter zum Inhalt haben. Die Weihnachtsferien aber sollen erst am 18. beginnen, die Commission kann schon am 10. oder 11. December zusammentreten und im Plenum wird in zweiter und dritter Berathung der Verträge schwerlich noch Jemand das Wort nehmen.

* Zur geschäftlichen Behandlung der Handelsverträge schreibt die „Nationalliberale Correspondenz", die vorstehenden Ausführungen ergänzend:

Die Handelsverträge werden am nächsten Montag im Reichstag eingebracht werden und voraussichtlich am Donnerstag zur ersten Lesung kommen. An der Annahme mit großer Mehrheit ist, namentlich nachdem das Centrum in der Etatsberathung deutlich genug seine Zustimmung erklärt hat, nicht zu zweifeln. Doch wird es dabei jedenfalls noch zu gründlichen Auseinandersetzungen über die gesammte wirthschaftliche und vielleicht auch sonstige Politik kommen, zumal wenn, was nicht für ganz ausgeschlossen gilt, Fürst Bismarck sich zu den Verhandlungen einfinden sollte. Lebhafter Kampf wird voraussichtlich auch über die gesetzliche Behandlung dieser Vorlagen entstehen. Auf manchen Seiten des Reichstags, namentlich bei den Deutschfreisinnigen und auch beim Centrum, scheint die Neigung zu bestehen, den Verhandlungen einen möglichst raschen Verlauf zu geben, die Vorlagen noch vor Weihnachten zu erledigen, also eine Commissionsberathung auszuschließen, und es wird hierfür hauptsächlich der Gesichtspunct geltend gemacht, daß Abänderungen im Einzelnen bei Verträgen ja doch nicht möglich seien und daß man durch eine längere Dauer der Verhandlungen nur die Unruhe und Aufregung der interessirten Kreise vermehre. Von anderer Seite wird aber gegen dieses Verfahren eingewendet, daß man über Vorlagen von so grundlegender Bedeutung für unser gesammtes wirthschaftliches Leben, die uns auf lange Jahre hinaus binden, doch nicht kurzer Hand hinweggehen dürfe. Die gründliche Berathung in einer Commission, wenn sie auch vielleicht praktisch keinen Nutzen habe, sei doch angezeigt, schon um der Regierung Gelegenheit zu mancherlei Aufklärungen zu geben, die in einer heftigen Plenarberathung nicht gut erfolgen könnten. Eine Uebersteigung sei um so weniger nothwendig, als die Verträge doch nicht vor 1. Februar n. J. in Kraft treten, es sei auch mit Sicherheit zu erwarten, daß die andern betheiligten Parlamente sich volle Muße zu ihren Berathungen lassen werden. Hauptsächlich aber wird für ein langsameres Tempo der Erledigung geltend gemacht, daß man noch gar keine Gelegenheit gehabt habe, das Urtheil sachverständiger Kreise und auch der Blätter einzuholen in einer Angelegenheit, die das wirthschaftliche Leben der Gesammtheit und jedes Einzelnen aufs Tiefste berührt. Die Handelsverträge sind mit äußerster, vielleicht zu weitgehender Heimlichkeit behandelt worden; noch heute, zwei oder drei Tage vor der Veröffentlichung, ist über den Inhalt in weiteren Kreisen so gut wie nichts bekannt, höchstens, und auch das nicht einmal vollkommen verbürgt, die beabsichtigten Getreidezollsätze. Ueber die künftige Zollbehandlung des Weines, eine Frage, die in Süd- und Westdeutschland breite Bevölkerungsschichten aufs Tiefste beschäftigt und beunruhigt, gehen die widersprechendsten Nachrichten um. Ueber die errungenen Vortheile für unsere Industrie ist nichts Zuverlässiges bekannt. Es war die Betragung des Handelstages und großer industrieller Vereinigungen in Aussicht genommen; die Einholung sachverständiger Urtheile aus gewerblichen wie aus landwirthschaftlichen Kreisen der Bevölkerung fällt aber natürlich weg, wenn die ganze Angelegenheit in wenigen Tagen erledigt wird. Es ist durch die Regelung der wichtigsten wirthschaftlichen Fragen auf dem Vertragswege ohnehin eine Zwangslage geschaffen, die man nicht durch Abschneidung jedes sachverständigen Urtheils noch zu verschärfen braucht. Im Volk wird die vielfach verbreitete Unzufriedenheit mit den eingeräumten Zugeständnissen noch verschärft werden, wenn man das Gefühl hat, über eine solche Frage nicht einmal zum Wort gelassen zu werden. Derartige Stimmen hört man vielfach im Reichstag, auch in Kreisen, die den Verträgen keineswegs entgegen sind und denen gegenüber der Vorwurf der „Berschleppung" gänzlich unangebracht ist. Es war auch bisher parlamentarische Sitte, Commissionsberathung nicht zu verweigern, wenn eine große Anzahl von Abgeordneten sie wünschte. Man darf auf den weiteren Verlauf dieser Frage gespannt sein.

Leipzig, 5. December.

* Wie verlautet, hat Kaiser Wilhelm die Einladung des Königs von Dänemark zur goldenen Hochzeit des dänischen Königspaares am 26. Mai nächsten Jahres angenommen. Gleichzeitig mit dem deutschen Kaiser würden der Zar und die Zarewna, sowie Königin Victoria von England nach Kopenhagen kommen.

* Der Bundesrath erhielte in der am 3. d. M. unter dem Vorsitz des Königl. bayerischen Bevollmächtigten, Gesandten ꝛc. Grafen von Berchem-Haffering abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf von Vorschriften über die Invaliditäts- und Alterversicherung bei Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation die Zustimmung. Hierauf wurde über den Sr. Majestät dem Kaiser wegen Wiederbesetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschlag sowie über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuer-Angelegenheiten Beschluß gefaßt. Der Actiengesellschaft „Union" zu Dortmund wurde auf ihre an den Reichstag gerichtete, von diesem dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesene Petition aus Billigkeitsrücksichten eine weitere Rückerstattung von Roheisenzoll bewilligt. Von der durch den Reichskanzler vorgelegten Sammlung von Actenstücken, die Vorgänge in Chile betreffend, und der durch denselben mitgetheilten Zusammensetzung der Commission für die Bearbeitung des deutschen Arzneibuchs nahm die Versammlung Kenntniß. Die Vertragsurkunden, welche aus den Berathungen des in diesem Jahr zu Wien stattgehabten Postcongresses hervorgegangen und von den deutschen Bevollmächtigten vorbehaltlich der Ratification mit unterzeichnet worden sind, wurden dem Ausschuß für Eisenbahnen, Post und Telegraphen zur Vorberathung übergeben.

* Die Deutsch-Freisinnigen brachten im Reichstage die Resolution zur zweiten Berathung des Reichshaushaltsetats, betreffend die Bewilligung von Diäten und Reisekosten an Reichstagsmitglieder und betreffend die Regelung der Vorbedingungen zur Berechtigung des Einjährig-Freiwilligendienstes ein.

* Innerhalb der deutschconservativen Partei treten mehrfach Bestrebungen hervor, welche auf eine den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Aenderung des Programms von 1876 abzielen. Nach den darüber gepflogenen Verhandlungen, bei denen die Stellung zur Judenfrage eine bedeutende Rolle spielt, ist vom allgemeinen Standpuncte eine Programmrede besonders bemerkenswerth, welche der aus den Verhandlungen über die Landgemeindeordnung bekannte Abgeordnete v. Heydebrandt und der Lasa in der Versammlung des conservativen Provinzialvereins zu Breslau gehalten hat. In dieser Rede, deren gemäßigter Charakter auch in der linksliberalen Presse anerkannt ist, hat Herr von Heydebrandt insbesondere nachdrücklich die Nothwendigkeit betont, sich sowohl im Reiche wie in Preußen voll und aufrichtig auf den Boden des Verfassungsstaates zu stellen und auf der ganzen Linie auch praktisch die Consequenzen des constitutionellen Systems zu ziehen. Diese Forderung steht in directem Widerspruch mit dem bekannten Satze „und der König absolut, wenn er unsern Willen thut", und ist um so bemerkenswerther, als sie von einem Manne ausgeht, welcher sicher eher zu dem rechten Flügel der conservativen Partei gehört. Denn dieselbe beschränkt sich keineswegs auf die Befürwortung einer gelegentlichen Freude gegen die Regierung, wenn diese andere Wege geht, als man wünscht, sondern schließt vor Allem auch die volle Anerkennung und Würdigung der verfassungsmäßigen Stellung und Rechte der Volksvertretung in sich.

* Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Was die Schilderung der auswärtigen Situation durch Herrn von Caprivi betrifft, so hat ein Theil der Presse seine Verwunderung darüber bekundet, daß die „Hamburger Nachrichten" Stillschweigen darüber bewahrt hätten. Wenn Letzteres bisher geschehen ist, so ist daraus nicht zu schließen, daß wir nichts darüber zu sagen gehabt hätten, wir haben nur sorgfältig mit einer Kritik zurückgehalten, welcher nach Lage der Dinge eine andersweitige Bezugnahme als die auf den verantwortlichen Minister selbst dann hätte untergelegt werden können, wenn der betheiligte Minister eine weitergehende Kritik durch seine Aeußerung provocirt hätte. — Dasselbe Blatt sagt zu den Auslassungen der „Berl. Neuest. Nachr." bezüglich einer Wiederanstellung des Grafen Herbert Bismarck auf dem Londoner Botschafterposten: „Es könne kein Ziel für den Ehrgeiz des Grafen sein, einen Botschafterposten zu übernehmen, auf dem er Instructionen in der Richtung der heutigen Politik zu empfangen hätte." Das Blatt sagt wörtlich: „Es mag Beamte genug in Reich und Land geben, welche Ehre und politische Ueberzeugung für die Verleihung einer gut bezahlten Stelle opfern. Aber wir glauben nicht, daß dergleichen bei einem Manne wie dem Grafen Herbert Bismarck vermuthet werden darf."

* Gegen den von dem Abgeordneten Dr. Höffel mit Unterstützung von Mitgliedern der Reichspartei und der nationalliberalen Partei eingebrachten Antrag auf Einführung des Reichspreß-Gesetzes in Elsaß-Lothringen werden in anscheinend inspirirten Correspondenzen aus Straßburg zwei Bedenken von Gewicht erhoben. Es werde damit die in der bisherigen Gesetzgebung liegende Vollmacht beseitigt, das Eindringen ausländischer hetzerischer Preßorgane, insbesondere der französischen chauvinistischen Presse zu verhindern, und es werde durch Abschwächung der der Verwaltung gegenüber der Presse zustehenden Befugniß zugleich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, die Verbreitung inländischer Erzeugnisse gleicher Tendenz zu hindern. Der erstgedachte Einwand ist, wie die „Post" hervorhebt, aus dem Grunde hinfällig, weil das Reichspreßgesetz sich wesentlich mit der Regelung der Rechtsverhältnisse der inländischen Presse befaßt, es mithin sehr wohl angängig erscheint, die bestehenden Bestimmungen bezüglich der ausländischen Presse wenigstens bis auf Weiteres in dem Einführungsgesetze aufrecht zu erhalten. Schwerwiegender ist der zweite Einwand. Ist von der Einführung des Reichspreßgesetzes in der That eine mehr als vorübergehende Rückwirkung auf die Verbreitung hetzerischer Preßerzeugnisse in Elsaß-Lothringen zu befürchten, so würde die unveränderte Einführung desselben allerdings noch erheblichen Bedenken unterliegen. Ob dies der Fall, ist eine quaestio facti, welche der ernstlichen Prüfung bedarf. Selbst aber, wenn diese Prüfung die Annahme der Gefahr einer solchen für Elsaß-Lothringen sicher bedenklichen Entwickelung einer inländischen Hetzpresse bestätigen sollte, würde somit noch nicht das Aufgeben des ganzen Planes nothwendig werden. Es würde genügen, bei Uebernahme des Restes des Reichspreßgesetzes der Regierung bezüglich dieses einen Punctes bis auf Weiteres besondere Vollmachten beizulegen. Eine solche gesetzgeberische Construction würde allerdings nach verschiedenen Richtungen hin erhebliche Schwierigkeiten veranlassen, diese aber würden sicher nicht unüberwindbar sein. Man wird daher von der skizzirten Grundlage aus dem Antrage Dr. Höffel keinen grundsätzlichen Widerspruch entgegensetzen können, vielmehr nur zeitlich begrenzte Modificationen desselben in Erwägung zu ziehen haben.

* Nach der dem Reichstage zugegangenen Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften auf das Jahr 1890 betragen die im Berichtsjahre für die Unfallversicherung insgesammt gemachten Aufwendungen nicht weniger als 40,7 Millionen. Davon entfallen auf die Berufsgenossenschaften 36,7, auf die Ausführungsbehörden der Reichs-, Staats-, Communal- und Provinzialbetriebe 1,9 und auf die Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften 2,1 Millionen. Die 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten eine Ausgabe von 33,3, die 48 landwirthschaftlichen von 3,4 Millionen zu verzeichnen. Die Entschädigungsbeträge beliefen sich bei den ersteren auf 16,3, bei den letzteren auf 1,9 Millionen. Davon wurden 73 972 bezw. 18 252 Unfälle entschädigt. Die Gesammtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge belief sich auf 20,3 Millionen gegen 14,4 im Jahre 1889, 9,6 im Jahre 1888, 5,9 im Jahre 1887 und 1,9 im Jahre 1886. Innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ist somit die Entschädigungssumme, welche den versicherten Personen oder ihren Hinterbliebenen unmittelbar zufließt, auf mehr als das Zehnfache gestiegen.

* Unter dem Etatscapitel zur Beschaffung von Handwaffen sind als erste Rate für das Etatsjahr 1892/93 13 380 000 ℳ, ganze Forderung 20 942 500 ℳ, angesetzt, dazu für Munition 2 570 600 ℳ. Die verhältnißmäßige Höhe der Summe hat zu verschiedenen Combinationen Veranlassung gegeben und leider auch zur Colportage von ganz unbegründeten und unzutreffenden Gerüchten. Die Einen wollen wissen, daß am Gewehr M/88 weitgehende und theuere Verschlußänderungen vorgenommen werden müßten, die Anderen meinen, es stände wieder eine Neubewaffnung der Infanterie bevor. Alle diese Gerüchte sind, nach den „Berliner Politischen Nachrichten", falsch. Was M/88 angeht, so genügt der Verschlußmechanismus allen billigerweise daran zu stellenden Anforderungen, und die kleinen Abänderungen, welche nothwendig geworden waren, dürften bei keiner Neubewaffnung zu umgehen sein und wäre es die vollkommenste. Denn im Massengebrauch einer Neubewaffnung stellen sich erfahrungsgemäß immer unbedeutende Aenderungen als nothwendig heraus, davon ist kein einziges Gewehr in irgend einem Staate verschont geblieben. Das deutsche Gewehr M/88 dürfte im Uebrigen noch lange Jahre zu den besten Constructionswaffen gehören, und wenngleich man in Italien entschlossen zu sein scheint, bis auf 6,5 Millimeter im Kaliber herabzugehen, diese Kaliberverminderung auch für das System Mannlicher in Rumänien in Aussicht genommen ist, so wird selbst dem Laien einleuchten, daß der Unterschied von 7,5 und 6,5 Millimeter zu gering ist, um eine Neubewaffnung nothwendig zu machen. Für eine vermehrte Munitions-Ausrüstung würde nur wenig, für höhere Schußleistungen nichts gewonnen. Die Heeresleitung denkt daher gar nicht an eine Neubewaffnung, die geforderte Summe erklärt sich vielmehr sehr einfach dadurch, daß für die erhöhte Kriegsstärke, herbeigeführt durch die erhöhte Friedenspräsenz von 18 000 Mann, sowie durch andere Maßnahmen, der nöthige Vorrath von Gewehren bereit liegen muß, was einen erheblichen Mehrbedarf von Gewehren ergiebt. Ferner dürfte unter dem Capitel die Ausrüstung der Festungsartillerie mit Carabinern in Anlauf kommen. — Eine andere Forderung, freilich in der bescheidenen Höhe von 48 000 ℳ, zur Ausbildung in den neueren Sprachen scheint ebenfalls verschiedenen Verwendungen Raum zu geben. Die Officiere der Kriegsakademie erhalten dort bekanntlich seit jeher Gelegenheit, sich Kenntnisse in den neueren Sprachen anzueignen, allein der Unterricht liefert nicht hinreichend Gelegenheit, um Sicherheit in den Sprachen, sowie in der Correspondenz zu erlangen. Aus diesem Grunde ist es in der englischen und französischen Armee üblich, besonders für fremde Sprachen talentirte Officiere auf Staatskosten in das fremde Land zu schicken, damit sie sich dort den erforderlichen Grad der Fertigkeit aneignen. Oesterreich befindet sich wegen der verschiedenen Nationalitäten in einer besseren Lage, Italien verfährt wie England, Frankreich und neuerdings auch Rußland. Sicherheit in Sprechen und in der Correspondenz ist aber nicht allein für die Officiere nothwendig, welche später als Attachés den Gesandtschaften zugetheilt werden, sondern auch für die Generalstabsofficiere.

* Seit Aufhebung des Verbots der Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch sind kaum drei Monate vergangen, und schon erheben sich so gewichtige Bedenken gegen die Maßregel, daß sie selbst die Budgetcommissionen des Reichstages beschäftigt haben. Noch bezeichnender aber ist es, daß nicht einmal die eifrigsten Befürworter der Wiederzulassung, die Freisinnigen, sich den Einwürfen zu verschließen wagen, welche die gesundheitsschädlichen Eigenschaften des amerikanischen Schweinefleisches in wachsendem Maße hervorzurufen beginnen. Waren es ursprünglich einige städtische Verwaltungen des deutschen Westens, welche eine genaue Untersuchung der eingeführten Waare anordneten und bei dieser Gelegenheit entdeckten, daß dieselbe äußerst trichinenhaltig sei, so sieht sich nun auch Berlin genöthigt, diesem Beispiel zu folgen. Der Director der städtischen Fleischschau, Dr. Hartwig, hat festgestellt, daß die amerikanischen Schinken und Speckseiten, wenn man sie gründlicher untersucht als bisher, ohne Zweifel noch mehr lebende Trichinen aufweisen würden, als schon entdeckt worden sind und kommt wie Prof. Virchow zu dem Ergebnisse, „daß die deutschen Behörden nur richtig und nur im gesundheitlichen Interesse der deutschen Consumenten handeln, wenn sie den Verkauf des amerikanischen Schweinefleisches in Deutschland von einer nochmaligen mikroskopischen Untersuchung durch einen deutschen Fleischbeschauer abhängig machen".

* Seit einiger Zeit gehen Angaben durch die Blätter, wonach die preußische Regierung entschlossen sein sollte, bezüglich des Ansiedlungswesens eine Umkehr im polenfreundlichen Sinne eintreten zu lassen. Diese Gerüchte haben sich schließlich dahin gesteigert, daß die Regierung dem Landtage in der nächsten Session eine Vorlage in diesem Sinne unterbreiten werde. Alle diese Ausstreuungen, so versichert die „Magdeb. Ztg.", entbehren der thatsächlichen Grundlage. „Die Angaben entsprechen vielleicht den Wünschen der Polen und haben wohl durch die Zustimmung der preußischen Regierung zu der Berufung eines polnischen Priesters zum Erzbischof von Posen-Gnesen noch mehr Glauben gefunden."

* Der Reichstagsabgeordnete Konrad Fischer, Buchdruckereibesitzer und Verleger in München, ist der „Germania" zufolge aus der Centrumsfraction des Reichstages ausgetreten. Fischer vertritt den fünften oberbayerischen Reichstagswahlkreis. Den Grund des Austritts giebt das Blatt nicht an.

* Die „Deutsche Revue" veröffentlicht in ihrem Decemberhefte eine weitere Anzahl Briefe an den verstorbenen Kriegsminister Roon aus den Jahren 1873 und 1874. In Preußen tobte der Culturkampf; das Civilstandsgesetz, die obligatorische Civilehe war eben erlassen. Im Reichstage wütete der Streit um das Armee-Septennat. Roon befand sich damals, im Mai 1874, zur Erholung nach schwerer Erkrankung in Lugano. Dorthin schrieb Kaiser Wilhelm an seinen Kriegsminister folgenden sehr bemerkenswerthen Brief, der vom 8. Mai des genannten Jahres datirt ist:

„Mit Freuden erfahre ich durch Ihren Sohn, daß Sie bereits in Lugano auf der Rückreise eingetroffen sind und sich im Ganzen wohler befinden; Gott gebe ferner Besserung im nordischen Klima!

Ich habe schwere Tage durchlebt! Das Ehegesetz, über das ich denke wie Sie, ist mir nicht möglich gewesen zu hemmen, da nach der F. V. sich für dasselbe entschied, obgleich ich trotz meiner Hinfälligkeit noch 2 mal dagegen schrieb und auf die facultativen Ehe hinwies — vergeblich!

Jetzt ist eine Zur Catastrophe beim Militair-Gesetz eingetreten. Die Frage hatte sich so zugespitzt, daß die Alternative stand: Conflict oder Herabminderung der Kopfstärke von 400 000 Mann auf 350 000. Da zog ich die letzte Ziffer vor, die ich überall laut als die Nothwendigkeit hingestellt hatte, und sagte mich in das sapiermant mit schwerem Herzen! Aber freilich in unseren Tagen sind 7 Jahre fast ¼ Jahrhundert, wenn man an die 7 Jahre von 1863 bis 1870 denkt! So haben wir für 7 Jahre die Armee-Organisation intakt, und nach 7 Jahren stehen wir vielleicht vor oder schon nach einem neuen Krieg; wenn nicht, so möchte die Population doch, und dann muß 1 Prov. Wehrpflichtiger doch erhöht werden. Hoffentlich werden wir bald mündlich das Alles noch erörtern. Bis dahin sage ich Ihnen Lebewohl und auf Wiedersehen.

Ihr treu ergebener

Viel Liebes der Ihrigen. Wilhelm."